



## Presseinformation

Nr. 217 / 2013

Gesundheit / Nichtrauchererschutzgesetz

Kiel, Freitag, 3. Mai 2013

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Anita Klahn: Das bestehende Gesetz hat sich bewährt

Zur Diskussion um eine mögliche Verschärfung des Rauchverbots erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Unstrittig sind die Gefahren des Rauchens und des Passivrauchens. Diese Debatte dreht sich aber um einen anderen Punkt. Es geht um die Freiheit, selbst entscheiden zu können. Wir Liberale wollen keinen Staat, der seinen Bürgern bis in Kleinste vorschreibt, wie sie zu leben haben. Wir brauchen nicht den großen grünen Kindergärtner. Es gibt keinen Grund, Bürgerinnen und Bürger in einem Bereich zu entmündigen, in dem sie über ihr eigenes Tun entscheiden und auch ihr Handeln verantworten können. Jeder kann individuell für sich entscheiden, welche Veranstaltung oder welches Restaurant er besuchen möchte. Es muss allerdings klar erkennbar sein, ob dort geraucht werden darf oder nicht.“

Der SSW hat daher Recht. Es bedarf keiner Änderung am bestehenden Nichtrauchererschutzgesetz. Die bisherige Regelung hat sich bewährt und ist überall als pragmatischer Weg für einen besseren Gesundheitsschutz anerkannt. Anstatt immer nur mit Verboten zu hantieren, sollte stattdessen mehr die Prävention im Mittelpunkt stehen.“